

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

183

2. Ausgabe.

Wied. am Juli 1932.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 1. Juli 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 3/4 6 Uhr die Sitzung.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Die Anträge auf Ausstellung einer Haftungserklärung der Gemeinde Wien an das Em. f. Finanzen zur Erlangung eines der Gemeinde Wien für die Lagerhäuser der Stadt Wien beim Zolloberamte einzuräumenden Zollkredites im Betrage von 2 Millionen Schilling, betreffend die im vierten periodischen Bericht enthaltenen Zuschusskredite und betreffend die Veranstaltung einer Effektenlotterie zugunsten der Armen Wiens im Jahre 1932 werden ohne Debatte angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Tandler referiert über die Aktion "Jugend am Werk". Er weist darauf hin, dass in Wien seit zwei Jahren eine Organisation "Jugend in Not" besteht, die in den zwei letzten Winter gezeigt hat, dass sie imstande ist, das Elend der Jugend wenigstens teilweise zu bekämpfen. Es ist daher naheliegend, dieser Organisation die Möglichkeit zu geben, junge Menschen zu einer gewissen Menge von Arbeit anzuhalten, wobei selbstverständlich vorausgesetzt ist, dass dadurch die Arbeitsgelegenheiten für die anderen Menschen nicht verringert werden. Es ist weiter selbstverständlich, dass diese Arbeit gemeinnütziger Natur und dass sie freiwillig sein muss.

Er stellt den Antrag: Um jugendlichen Personen unter 21 Jahren, die ausgesteuert sind oder nach ihrem Schulabgang noch keine Arbeitsstelle gefunden haben, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen, wird dem Kuratorium "Jugend in Not" für die Aktion "Jugend am Werk" ein Betrag von 250.000 Schilling gewidmet.

Stadträtin Dr. Motzko (chr. Soz.) weist darauf hin, dass die ungeheure Arbeitslosigkeit nicht nur für den einzelnen Jugendlichen eine furchtbare Gefahr bedeutet, sondern auch für die ganze Volksgemeinschaft, die dadurch allen möglichen subversiven Bewegungen preisgegeben wird. Es muss aber auch die Frage aufgeworfen werden, wer an der Not der Jugend von heute mitschuldig ist. Die Mehrheitspartei, die diese Stadt seit 14 Jahren verwaltet, ist mitschuldig an dem Verhältnissen, die den jungen Leuten jede Aussicht auf eine Existenz rauben. Wenn ein Rückgang der Zahl der Lehrlinge festzustellen ist, so liegt die Ursache darin, dass die gewerblichen Betriebe durch das Steuersystem der Wiener Gemeindeverwaltung weggesteuert worden sind. (Beifall bei den Chr. Soz.) Ein zweiter Grund für die Not unserer Jugend liegt darin, dass die Mehrheit als Verwalterin dieser Stadt die wenigen Arbeitsposten, die unserer Jugend gegeben sind, durch eine bewusste Ueberfremdung dieser Stadt verringert hat. Sie hat namentlich in den ersten Jahren ihrer Verwaltung eine Unzahl von Zuwanderern aus dem Osten hier bodenständig gemacht und auch in den städtischen Dienst aufgenommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Chr. Soz.) Die Mehrheit ist infolge der unablässigen sachlichen Kritik der Christlich-soz. Partei wohl etwas zurückhaltender geworden, aber es ist sicher, dass sie das System einer bewussten Ueberfremdung noch immer nicht aufgeben will. Wir werden den Kampf gegen die Ueberfremdung Wiens nicht auf so sinnlose Weise führen, wie wir es heute hier erlebt haben, denn das verbietet uns unsere Religion und unsere Kultur, aber wir werden sie immer daran zu hindern versuchen, dass Sie auf dem Wege fortschreiten, den Sie bewusst beschritten haben und weitergehen wollen.

367

Das Werk, das hier geschaffen wird, soll einen Teil dessen

RATHAUSKORRESPONDENZ

2. Blatt.

Wien, am

soll einen Teil dessen gutmachen, was Sie an der Wiener Jugend gestündigt haben. Diese Arbeitsgemeinschaften dürfen aber keine Arbeit vollführen, die dem ordentlichen bodenständigen Gewerbe zusteht. Für die Entscheidung, ob eine zusätzliche Arbeit vorliegt, darf nur das Wesen der Arbeit massgebend sein und nicht etwa der Charakter des Arbeitgebers. Wir haben bei der Aktion Winterhilfe leider schon müssen, dass die Ueberparteilichkeit der zuliebe die ganze Bevölkerung beigetragen hat, nicht im er eingehalten worden ist. Wir werden daher die Vertreter der uns nahestehenden Organisationen in dieser Aktion anweisen, mit allen Nachdruck für die absolute Ueberparteilichkeit und Sachlichkeit dieser Aktion Sorge zu tragen. Wenn wir dem Antrage zustimmen, tun wir es gewiss nicht aus Vertrauen zu der verwaltenden Mehrheit, sondern aus Liebe zu der Jugend dieser Stadt. und aus Sorge um ihre Zukunft. (Lebhafter Beifall bei den Chr. Soz.)

Gr. Weikert (Nat. Soz.) erklärt, seine Partei sei grundsätzlich dafür, dass der Jugend in der heutigen Zeit der grenzenlosen Verelendung geholfen werde und zwar nicht bloss in materieller, sondern auch in sittlich erzieherischer Hinsicht. Seine Partei sei bereit, diese Aktion kräftig zu unterstützen, doch müssen vorerst die Voraussetzungen geschaffen und sichergestellt sein, dass die ausgeworfenen Gelder den Erfolg sichern und dass kein Missbrauch mit der Aktion getrieben wird.

Der Redner stellt nachstehende Anträge:

1. Das bestehende Kuratorium "Jugend am Werk" ist aufzulösen und neu zu wählen, sodass alle Parteien, die dem Gemeinderat angehören, darin vertreten sind.

2.) Das Kuratorium hat sofort präzise Pläne und Richtlinien auszuarbeiten, nach denen die Aktion durchzuführen ist.

Gr. br. Riehl (Nat. Soz.) führt aus, dass von allen Gruppen der Arbeitslosen gerade die Jugendlichen am bedauernswertesten sind. Sie geraten ja schon von der Schulbank weg in das Elend der Arbeitslosigkeit. So werden die jungen Leute, die wirklich arbeiten wollen, einfach durch die herrschende Wirtschaftsnot zu Müdiggang verurteilt. Das Elend der Arbeitslosigkeit wird von diesen jungen Leuten mit massloser Geduld ertragen und es zeigt von sittlicher Kraft und Stärke, dass die arbeitslose Jugend nicht mehr mit dem Strafgesetz in Berührung kommt, als es der Fall ist. Arbeitslosigkeit der bodenständigen deutschen Bevölkerung muss unbedingt an den Leib gerückt werden. Ich verweise auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo eine Reihe von Staaten eine Razzia durchgeführt hat und die Nichtvollblutamerikaner mittels Schub über die Grenze hinausgeworfen hat. Wir haben etwa 300.000 Arbeitslose und können mit der gleichen Anzahl von volksfremden Elementen, meistens Juden, rechnen, die unserer bodenständigen Bevölkerung Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geraubt haben. Es fehlt uns eben auch ein Gewerbetreibendenschutzgesetz für Inländer. Die Lage zeigt, wie notwendig es ist, gegen die Ueberfremdung unserer Heimat mit allen Mitteln aufzutreten. Der Redner spricht dann über die Arbeitsschutzpflicht, wobei er erklärt, dass der Arbeitsdienst selbstverständlich nicht den Charakter einer Schmutzkonkurrenz annehmen dürfe,

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am

Der Arbeitsdienst müsste weiters nur zu Arbeiten herangezogen werden, die wirklich im Interesse der Allgemeinheit gelegen sind, so zum Beispiel bei Strassenherrichtungen, bei Anlage von staubfreien Wegen in Parkanlagen und dergleichen. Auch beim Rübenbau gibt es genügend Gelegenheit, bodenständige Arbeiter unterzubringen. Die arbeitslosen deutschen Rübenbauarbeiter aus der Tschechoslowakei sollen als Lehrer für den Rübenbau herangezogen werden und wir könnten dann die 40.000 bis 60.000 slowakischen Saisonarbeiter durch bodenständige deutsche Arbeiter ersetzen. Unser Volk ist in Not und es muss alles darangesetzt werden, um es aus dem Elend herauszuführen. Wir freuen uns, dass die Mehrheit mit ihrem heutigen Antrag eine Idee aus Hitlers Programm vorweggenommen hat und danken Ihnen für die damit bewiesene Anerkennung. (Lachen bei der Mehrheit).

GR. Papanek (soz., dem.) verweist darauf, dass die vorliegenden Anträge im Ausschuss einstimmig angenommen wurden, sodass man auch im Gemeinderat keine Debatte hätte erwarten sollen. Tatsächlich haben sich auch die Vorredner mit allem Möglichen nur nicht mit dem Gegenstand der Debatte beschäftigt. Da wurde das leuchtende Beispiel von Coburg mit seiner Arbeitsdienstpflicht gebracht. Würde die Sache bei uns ebenso gemacht, so hätten wir in Oesterreich heute 500.000 Arbeitsdienstpflichtige womit das Ganze schon ^{schon} ~~schon~~ surdum geführt ist. Tatsächlich will man mit der Arbeitsdienstpflicht nur Lohndruck für die beschäftigten Arbeiter hervorrufen (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit. - Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten). Dass die Jugend heute vor der furchtbaren Tatsache der Arbeitslosigkeit steht ist Schuld dieses kapitalistischen Systems, das von den Christlichsozialen in behebigerer Form bis zu den Nationalsozialisten, den eigentlichen Klopffächtern des eigentlichen Kapitalismus vertreten wird (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten). Ihre Jugend, die Hitlerjugend sind hauptsächlich Studierende, von denen ^{Ober unsere Jugend ist leider in bitterer Not.} sehr wenig in Not sind (Zwischenrufe bei den Nat. Soz. - GR. Mühlberger ! Juden!)

Es mussten nicht weniger als 5.600 Jugendliche in die Heime der Aktion "Jugend in Not" gesendet werden (GR. Mühlberger: Juden!) Erst sagt Dr. Riehl, die Juden sind zum grossen Teil nicht arbeitslos und dann sagt der Herr Mühlberger, dass die Juden in den Heimen der Arbeitslosen sind. (Lebh. Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Unter den 5.600 Jugendlichen waren in den sozialistischen Heimen 70 Prozent, in den katholischen 60 Prozent ohne jede Unterstützung. (Lebh. Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten).

Bgm. Seitz: Es geht doch nicht an, dass die Redner der einen Partei ruhig sprechen können, während die Redner der anderen Partei ständig gestört werden. Ich bitte, Störungen zu vermeiden und den Redner ruhig anzuhören.

GR. Papanek ~~mannt mannt mannt~~: Wenn es sich darum handelt, die Einkommen über 1000 Mark wegzusteuern, drücken sich die Nationalsozialisten, wie das in Preussen der Fall war. (Lebh. Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten.)

Bgm. Seitz mahnt die nationalsozialistischen Gemeinderäte neuerlich zur Ruhe.

GR. Papanek: Wir glauben schon, dass es den Herren passen würde, immer, wenn es sich um ~~einer~~ Fragen der Not handelt, die Methoden der Militarisierung der Jugend zur Anwendung zu bringen.

GR. Frauenfeld (n. s.) Blödsinn!

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Wien, am

Bgm. Seitz rüft den GR. Frauenfeld zur Ordnung.

GR. Papanek : Da reden die Nationalsozialisten von Coburg, wo die Arbeitsdienstpflicht nicht eingeführt wird, als von der Stadt ohne Arbeitslose, während es in Wirklichkeit dort 1500 Arbeitslose gibt.

GR. Frauenfeld : Woher wissen Sie das!

GR. Papanek : Aus dem Völkischen Beobachter den Sie nicht lesen! (Lebh. Heiterkeit bei der Mehrheit), Die Herren wissen auch nicht, dass in Coburg, wo man erklärte Ordnung machen zu müssen, von 72 Angestellten des Bauamtes 42 abgebaut wurden. Die verschaffen sich durch die freiwillige Arbeitsdienstpflicht billige Arbeitskräfte. Dazu wird die Wiener Jugend nicht zu haben sein. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). Die 250.000 Schilling die wir jetzt für die Aktion "Jugend in Not" verwenden, geben wir nicht aus, um wie in Coburg Streikbrecher und Lohnrücker zu züchten (Lebh. Rufe bei den Nationalsozialisten und Pfuirufe. - GR. Frauenfeld : Sie werden hier nicht produzieren). Wir erwarten, dass mit Hilfe der Summe, die jetzt bewilligt wird, zusätzliche Arbeit und nur solche Arbeit geleistet wird, die von den im Beruf stehenden Arbeitern nicht geleistet werden kann, und zwar eine Arbeit die der arbeitslosen Jugend zugute kommt. Wir bedauern es sehr, dass wir nicht mehr tun können. Wir freuen uns, dass wir es uns in dieser Stadt möglich ist, doch einiges für die Jugend zu tun, und das gut zu machen, was die Vertreter des kapitalistischen Systems an der arbeitslosen Jugend verbrochen haben. Wir versprechen der arbeitslosen Jugend und den Arbeitslosen überhaupt, dass wird alles daransetzen werden, ihnen nicht nur durch die Fürsorgetätigkeit zu helfen, sondern auch dadurch dass wir Sie entlarven und aufzeigen, was Sie gegen die Arbeiter im Schilde führen. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

St. R. Tandler (spz. dem.) stellt gegenüber der Gemeinderätin Dr. Motzko fest, dass das Kuratorium "Jugend in Not" durch 2 Jahre klaglos funktioniert hat. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, dass nur zusätzliche Arbeit geleistet werden soll. Allerdings sind wir uns bewusst, dass die Abgrenzung sehr schwer ist. Wir werden daher jede Arbeit dem Kuratorium zur Begutachtung vorlegen. Zu den Ausführungen des GR. Weikert stellt St. R. Tandler fest, die Ausspeisung werde noch geprüft werden. Es sollen die freien Nachmittage den Arbeitsgemeinschaften überlassen werden, damit sie die Jugend auf dem Wege fortbilden, den sie für gut halten. Wenn auch gegenwärtig nur für 5 Monate vorgesorgt ist, so ist damit diese Aktion nicht zu Ende. Die Auflösung des Kuratoriums ist nicht Angelegenheit des Gemeinderates. Es ist ein Irrtum, dass es in Oesterreich wie GR. Dr. Riehl behauptete 60.000 Saisonarbeiter gibt. Es waren vor einigen Jahren rund 25.000 im vergangenen Jahr rund 20.000.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Zusatzantrag Weikert Riehl abgelehnt.

GR. Beisser (soz. dem.) referiert über den Antrag für die Errichtung des Ofner Denkmals in der öffentlichen Gartenanlage II., Taborstrasse - Glockengasse die Bestimmungen über das Parkschutzgebiet aufzuheben.

GR. Uebelhör (chr. soz.) bemerkt, seine Partei hätte sehr gerne erfahren wollen, wie das Ofner Denkmal aussieht. Es liegt wieder einmal dem Antrag keine Skizze bei. Das ist ebenso eine Vernachlässigung des Gemeinderates wie der Umstand, dass hier wieder eine Verfügung auf Grund des § 99 getroffen wurde. Für dieses Denkmal soll eine Subvention von 5000 Schilling bewilligt werden. Da muss man wohl fragen, ob sich Ofner solche Verdienste um Wien oder Oesterreich erworben hat, dass sich die Gemeinde bemüssigt fühlt, diesen Betrag für ein Denkmal zu widmen. Sonst

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Wien, am

muss die Gemeinde ausserordentlich sparen, sowohl im Schulwesen wie in der öffentl. Fürsorge, Subventionen für weit wichtigere Dinge wurden gekürzt. Wenn die Minderheit die Herabsetzung einer wirtschaftsmordenden Steuer verlangt, rechnet St.R. Breitner vor, dass, wenn einem solchen Antrag stattgegeben würde, die Fürsorge eingeschränkt werden müsste. Die 5000 Schilling hätten weit besser verwendet werden können. Man denke z.B. an die Junglehrer, die so in Not sind. Der Betrag wird hier für ^{ein} ~~ein~~ ausgesprochen~~er~~ parteipolitischen Zweck verwendet. Denn Ofner ist, wenn er auch nicht Angehöriger der sozialdemokratischen Partei war, ihr doch sehr nahgestanden. Es ist schamlos, in einer solchen Zeit 5000 Schilling für das Denkmal eines Menschen zu widmen, von dem niemand weiss, was er für Wien geleistet hat. Für das Denkmal Luegers des grössten Wiener Bürgermeisters haben Sie keinen Groschen gegeben. Wir legen gegen die Widmung dieses Betrages Verwahrung ein, weil wir überzeugt sind, dass hier dem Volk das Geld aus der Tasche gestohlen wird (Lebh. Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Frauenfeld (n.s.) fragt, ob die Mehrheit wirklich keine anderen Sorgen hat, als sich heute und zwar in drei Tagesordnungspunkten mit dem seligen Dr. Ofner zu beschäftigen. Es gibt hier kein Denkmal für Richard Wagner, keines für Hörnig. Dagegen soll auf der Taborstrasse dem Juden Ofner ~~ein~~ Denkmal errichtet werden. Es ist ja richtig, dass man dazu die Taborstrasse gewählt hat. Und es ist uns auch ein Jude aus Erz sympathischer als einer, der vom lieben Gott aus Dreck und Feuer geschaffen wurde. Das Standbild des Dr. Ofner wird wesentlich zur Verschandelung des Stadtbildes beitragen. Die Anhänger des Dr. Ofner sollen ihm das Denkmal selber bauen. Die Gemeinde darf sich nicht mit der israelitischen Kultusgemeinde identifizieren. In einer Zeit, wo überall so grosse Ersparnisse gemacht werden, ist es geradezu frevelhaft für einen solchen Zweck tausende Schillinge auszugeben. Wir lehnen derartige Anträge ab (Lebh. Beifall bei den Nationalsozialisten).

St.R. Speiser (so. dem.) bemerkt es handelt sich hier ~~um~~ darum, einem Menschen ein Denkmal zusetzen, dem wohl alle die ihn gekannt haben, als einen grossen, bedeutenden und guten Menschen schätzen (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). Der die hohen Verdienste kennt, die sich Ofner um die arbeitenden Menschen der ganzen Welt und insbesondere um die arbeitenden Menschen in Oesterreich erworben hat, wer weiss, mit welcher Hingabe, mit welchem Idealismus und welcher Uneigennützigkeit er für Arme und Bedrängte ohne Unterschied der Partei und Konfession eingetreten ist, wird zugaben, dass das Geld hier gut angewendet ist. Ofner war kein Sozialdemokrat, wohl aber Demokrat und ein echter Volksmann, ein Mann, der auch der juristischen Wissenschaft ausserordentlich viel gegeben hat und der von der Republik durch die Entsendung in der Verfassungsgerichtshof geehrt wurde. Das Andenken Ofners steht zu hoch über den Gemeinheiten des Tages, als dass es durch solche Redensarten, wie die GR. Frauenfeld gebraucht hat, herabgewürdigt werden könnte (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

Ich will, sagt St.R. Speiser, in diesem Zusammenhang aber auch auf die Vorgänge des heutigen Tages zurückkommen, weil die nationalsozialistische Partei den Hepp-Heppton anzuschlagen beliebt, von dessen Wirkungen sie sich in kommenden Zeiten erst überzeugen wird. Die Nationalsozialisten finden, dass tote Sozialdemokraten, wenn sie heute noch leben würden, wie Pernerstorfer zu ihnen gehören würden. Die Toten rühmen Sie, aber die Lebenden schmähen sie ohne Unterschied, ob es Juden oder Christen sind. Dieses Schicksal ist auch Viktor Adler nicht erspart geblieben, der sein Leben für die Arbeiterklasse dieser Stadt hingegeben hat und der

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Wien, am

tausendmal mehr bedeutet hat als jeder Ihrer sogenannten Führer. Schuhmeier, Winarsky, Hanusch und Domes geniessen bei Ihnen den Ruf echter Proletenführer, wenn sie leben würden, würden Sie diese Männer mit Schmutz übergiessen (Lebh. Beifall b.d. Mehrheit). - Zwischenrufe. Damit diese Märchen einmal ein Ende haben, werde ich über den Fall Pernerstorfer Ihnen die Wahrheit sagen (Lebh. anhaltende Zwischenrufe b.d. Christlichsozialen und Nationalsozialisten: Das gehört nicht zur Sache! Was hat das mit Ofner zu tun!)

Bgm. Spitz: Gegen den Antrag des Referenten ist hier das Argument gebraucht worden, dass der Mann, dem das Denkmal gelten soll, ein Jude sei und dass man einem Juden kein Denkmal widmen dürfe. Gegen diese Auffassung hat St. R. Speiser polemisiert und ich muss ihm das Recht zur Polemik einräumen.

St. R. Speiser: Es ist Ihnen halt unangenehm, dass Ihre Lügenmärchen über Pernerstorfer ein Ende haben sollen. Es ist unwahr, dass Pernerstorfer ein Antisemit war. Bei dem Zitat, dass von Pernerstorfer da immer gebracht wird, hat es sich um die Frage gehandelt, wie der Krieg beendet werden soll. Die eine Richtung in der Partei war der Meinung, man solle den Krieg möglichst rasch durch einen Frieden, der nicht in einen Gewaltfrieden ausarten möge, beenden. (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten) Schliesslich ist es ja zu einem solchen Frieden gekommen und den habt Ihr verschuldet (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). - Stürmische Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten und Rufe Pfui Teufel. - GR. Griessler (n.s.) Das ist eine Verleumdung! - Anhaltende Zwischenrufe). Die andere Gruppe, der Pernerstorfer angehört hat, hat diese Ansicht bestritten. In diesem Zusammenhang ist jene Aeussung von Pernerstorfer gefallen. (GR. Frauenfeld: Volkstribüne vom 19. April 1915). Er hat damals gesagt, dass die Anschauung, der Krieg möge möglichst rasch ohne Gewaltfrieden beendet werden, von jüdischen Akademikern in der Partei vertreten wird. Wie lächerlich ist es, heute nach 17 Jahren das herauszuziehen. Damals waren auf der sogenannten Linken und auf der sogenannten Rechten in unserer Partei Juden und Christen gleichmässig vertreten (Anhaltende Zwischenrufe. - Rufe bei den Nationalsozialisten und Christlichsozialen: Was hat das mit dem Tagesordnungspunkt zu tun? Herr Vorsitzender rufen Sie zur Sache. - Anhaltende Zwischenrufe). Es ist bezeichnend, dass selbst in der Redaktion des "Vorwärts" in Berlin die Meinungen geteilt waren und dass sämtliche Arier auf der Seite der Linken und der einzige Jude auf der Seite der Rechten gestanden ist (Lebh. anhaltende Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nat. Soz. und Rufe: Zur Sache! Zur Sache!). Wenn Sie schon über solche Dinge reden müssen Sie auch den Mut haben, andere anzuhören (Lebh. anhaltende Zwischenrufe bei den Chr. soz. und Nat. Soz. - GR. Dr. Arnold (chr. soz.): Das geht doch nicht, dass in diesem Zusammenhang über Pernerstorfer gesprochen wird, es handelt sich doch um den Parkschutz (GR. Dr. Hengl: Herr Bürgermeister rufen Sie zur Sache! Anhaltende Zwischenrufe). Pernerstorfer hat damals ausdrücklich erklärt, er sei in keiner Weise der Ehre Dannebergs nahegetreten. Dass Danneberg zu jenen Parteigenossen gehört, die hervorragend sind durch ihre Verdienste (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). Es ist bezeichnend, dass in jener Diskussion gegen Danneberg gestanden sind die Juden Ellenbogen mit Austerlitz, dass aber bei Danneberg gestanden sind die Vertreter der aus der Arbeiterstand selbst aufgestiegenen Menschen, insbesondere Winarsky und Franz Lill. In den "deutschen Worten" die Pernerstorfer selbst herausgegeben hat, ist im Jahre 1883 ein Brief an Schönerer abgedruckt worden, in dem Pernerstorfer sagt (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Wien, am

Nationalsozialisten).

GR. Dr. Arnold (chr. soz., :Wo ist der Zusammenhang mit der Tagesordnung. Herr Bürgermeister Sie werden mich nicht mehr zur Sache rufen.

GR. Dr. Hengl: Rufen Sie Herr Bürgermeister zur Sache (Lebh. Rufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten: Zur Sache rufen).

St. R. Speiser: Pernerstorfer hat damals erklärt, dass die Form des Antisemitismus, die Parteidogma zu werden beginne, ihm gänzlich unannehmbar erscheine. Der Kampf richte sich vielmehr gegen die Juden als gegen das Judentum. Davon verspreche er sich nichts als eine wirkliche Verrohung des öffentlichen Lebens (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). - Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten).

GR. Dr. Hengl: Warum rufen Sie jetzt nicht zur Sache Herr Bürgermeister?

GR. Dr. Arnold: Dass lassen wir uns nicht gefallen! Herr Bürgermeister rufen Sie zur Sache oder verschwinden Sie von dort oben. (Stürmische Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten. - Anhaltende Zwischenrufe).

Bgm. Seitz: Hochwürden Dr. Arnold, ich fordere Sie auf, sich anständig zu benehmen! (Anhaltende Zwischenrufe)

GR. Dr. Arnold: Wir lassen uns das nicht länger gefallen.

GR. Papanek: Frau Motzko hat über dasselbe Thema gesprochen, da haben Sie sich nicht aufgeregt.

S. R. Speiser: Ein anderes Mal hat Pernerstorfer gesagt, der Antisemitismus ist eine hässliche Erscheinung des Lebens. Im Jahre 1898 hat Pernerstorfer in einem Referat über den Antisemitismus die Demagogie der Antisemiten gekennzeichnet (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten). Pernerstorfer war weder Antisemit noch ein Deutschnationaler Ihrer Art. Er würde sich Ihrer schämen. (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten, : Christlichsoziale und nationalsozialistische Gemeinderäte schlagen auf die Pultdeckel. - grosser Lärm. -) Der Name Pernerstorfer in Ihrem Munde bedeutet nichts anderes als eine Leibeserschandung an Pernerstorfer (Stürmische Beifall ^{Lebh.} und stürmische Rufe bei den Chr. soz. und Nat. Soz.: Schluss! Zur Sache rufen). Wenn Pernerstorfer heute lebte, würde er den gelben Arbeitervertretern gründlich seine Meinung sagen (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm.)

Bgm. Seitz: Ich stelle fest, dass ^{es} mir infolge unausgesetzten Schreiens und Lärmens unmöglich war, in der letzten Viertelstunde auch nur ein Wort des Redners zu hören. Wenn St. R. Speiser nicht zur Sache gesprochen haben sollte und sich ^{das} aus dem stenographischen Protokoll ergibt, bleibt mir nichts übrig, als ihn nachträglich zur Sache zu rufen.

GR. Dr. Hengl: Wir wissen schon, dass Sie einseitig sind, aber dass Sie auch physisch einseitig sind, das ist uns neu.

Bgm. Seitz: Ich finde es unter meiner Würde, auf persönliche Anwürfe zu antworten. Im übrigen wiederhole ich noch einmal, ich habe den Rednern Ihrer Partei gestattet mit der Judenfrage zu argumentieren. Dann muss ich auch andere darüber reden lassen. Wenn Sie sich dagegen wenden, werde ich mir überlegen, ob ich in Zukunft solche Erörterungen zulassen oder ob ich sie nicht infolge Ihrer Rekrimationen als nicht zur Sache gehörig ablehnen werde. (Zwischenrufe) Im übrigen stelle ich fest, dass es sich hier nicht um eine Person, sondern um ein öffentliches Amt handelt. (Zwischenrufe). Cf.

GR. Dr. Suchenwirth: Das Sie einseitig ausüben!

Bgm. Seitz ruft den GR. Suchenwirth zur Ordnung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Wien, am

Gr. Mühlberger (Nat. Soz.) bemerkt, Stadtrat Speiser habe einen Brief Pernerstorfers aus dem Jahre 1893 gelesen. Wir haben schon erwartet, dass Speiser einen Brief aus dem 16. Jahrhundert aus Ur-Ur-grossvaters Zeiten verlesen werde. (Sozialdemokraten rufen den Nat. Soz. zu: Pernerstorfer hätte euch mit der Hundspitze hinausgeworfen!) Ich werde Ihnen nun aus einem Artikel Pernerstorfers über die Juden in der Sozialdemokratie aus der Volkstribüne vom April 1915 etwas vorlesen. (Lebhaftes Zwischenrufe. - Gr. Hölzl (Nat. Soz.) ruft den Sozialdemokraten zu: Ihr Judenknechte! - Gr. Eisinger (Soz. dem.): Wie lange ist es her, dass Sie bei einem Juden gebeten haben, um eine Arbeit zu bekommen? - Andauernder Lärm, in dem die Vorlesung des Gr. Mühlberger vollkommen untergeht.) Gr. Mühlberger schliesst seine Ausführungen mit den Worten: Die Juden haben bei Euch die Oberhand gewonnen und die deutschen Arbeiter sind in Not und Elend gesunken.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen. Während Bürgermeister Seitz die Abstimmung einleitet, beginnen die Nationalsozialisten mit Horuck-Rufen.

Bürgermeister Seitz (Zu den Nat. Soz.): Wenn Sie schon des Taktens entbehren und im Gemeinderat essen, so befassen Sie sich wenigstens mit dem Essen und stören Sie nicht die Verhandlungen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, die den Nationalsozialisten zurufen: Ihr benehmt euch wie Lausbuben!) Ich ersuche Sie, diese Kindereien zu unterlassen, durch die der Gemeinderat entwürdigt wird.

Gr. Griesler (Nat. Soz.): Die Abstimmung ist eine Komödie, eine Kinderei!

Bürgermeister Seitz: Ich rufe den Gemeinderat Griesler wegen dieses unparlamentarischen Ausdruckes zur Ordnung!

Nunmehr berichtet Amtsführender Stadtrat Honay über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen. Er führt aus, dass nach § 66 der Gemeindeverfassung der Gemeinderat die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen erlässt und nach § 90 und 105 bestimmt, welche Gegenstände des selbständigen Wirkungsbereiches den Bezirksvertretungen überlassen werden. Der erste Abschnitt der Vorlage enthält die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, der zweite Abschnitt die Geschäfte der Bezirksvertretungen und die damit organisch im Zusammenhang stehenden Geschäfte der Bezirksvorsteher. Die geltende Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stammt aus dem Jahre 1891 und fusst auf der damaligen Geschäftsordnung des Gemeinderates. Sie besteht also über 40 Jahre und es geht wohl schon daraus hervor, dass sie reformbedürftig ist. Die Vorlage übernimmt aus der geltenden Geschäftsordnung die Bestimmungen, die sich bewährt haben, und fügt im übrigen aus der geltenden Gemeinderatsgeschäftsordnung Bestimmungen ein. Im besonderen ist zu erwähnen, dass nunmehr auch schriftliche Beantwortungen der Anfragen vorgezogen sind und dass das Antragsrecht, das bisher nur von mindestens 6 Mitgliedern der Bezirksvertretung ausgeübt werden konnte, jetzt jedem einzelnen Mitglied der Bezirksvertretung zustehen soll. Die Anträge sollen an die Magistratsdirektion (Präsidialdienst) geleitet werden, die sie selbstverständlich nicht meritorisch zu erledigen, sondern an die einzelnen berufenen Organe der Gemeindeverwaltung weiterzuleiten hat. Im zweiten Abschnitt der Vorlage werden

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt.

Wien, am

diejenigen Geschäfte der Bezirksvertretungen aufgezählt, die nach § 90 und 105 der Gemeindeverfassung den Bezirksvertretungen übertragen werden. Neben diesen Geschäften haben die Bezirksvertretungen selbstverständlich auch jene Geschäfte zu besorgen, die ihnen unmittelbar von der Gemeindeverfassung oder durch andere Gesetze übertragen werden, wie z.B. die Bauordnung bezüglich der Flächenwidmungs-, bebauungs- und Fluchtlinienpläne und der Bausperre oder das Landesgesetz vom 25. Dezember 1904 über die Wahl der Ortsschulräte. In der bisherigen Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen waren auch die Geschäfte der Bezirksvorsteher aufgezählt. Diese Aufzählung wurde in der Vorlage vermieden, weil sie nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates gehört, da die Bezirksvorsteher ein Exekutivorgan der Gemeinde und zur Unterstützung des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Gemeinde berufen sind. Der persönliche Wirkungsbereich der Bezirksvorsteher wird durch die Aufträge des Bürgermeisters bestimmt. Bei der Durchführung dieser Aufträge können sie sich auch nach ihrer Wahl der Mitglieder der Bezirksvertretung bedienen, sie bleiben aber selbst verantwortlich. Der Referent bespricht dann die im Stadtsenat beschlossenen Aenderungen der Vorlage und bittet um deren Beschlussfassung.

Gr. Dr. Kotzaurek (chr. soz.) führt aus, man müsse sich unweillkürlich die Frage vorlegen, warum die Mehrheit, die durch 13 Jahre in der schrankenlosesten Weise die Macht im Rathaus ausgeübt hat, sich bisher nicht veranlasst gesehen hat, diese Geschäftsordnung einer Aenderung zu unterziehen. Der Grund hierfür ist sehr durchsichtig. Nicht durch Stimmenzuwachs, sondern durch eine ~~g~~ Aenderung in der Gruppierung der Antimarxistischen Wähler hat die Sozialdemokratie sämtliche Bezirksvorsteherposten besetzen können. Sie erachtet jetzt die Zeit gekommen, um die Paschawirtschaft, die wir bisher im Gemeinderat zu spüren bekommen haben, auch in Bezirksvertretungen zu übertragen. (Zustimmung bei den Chr. Soz.) Zu diesem Zwecke musste die Geschäftsordnung geändert werden. Sie soll nicht Ordnung schaffen, sondern Unordnung, weilsie den Bezirksvorstehern diktatorische Machtbefugnisse einräumt und den Bezirksräten alle Möglichkeit zu einer Kontrolltätigkeit und zur Mitarbeit nimmt. Der Umfang der Geschäftstätigkeit der Bezirksvertretungen war schon bisher ziemlich bescheiden, jetzt will man ihnen auch die Möglichkeit zu reden nehmen. Der Entwurf enthält nichts von demokratischem Empfinden, sondern bedeutet die Begründung einer Autokratie im schlimmsten Sinne des Wortes. (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

Der Redner bespricht nun im einzelnen die Bestimmungen der Geschäftsordnung und stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen. Die chr. soz. Partei sehe ein, dass die alte Geschäftsordnung aus dem Jahre 1891 in manchen Punkten Änderungs- und verbesserungsbedürftig sei, aber die vorliegende Geschäftsordnung sei für sie nur bei Annahme der vom Redner beantragten Aenderungen annehmbar. Auch die Mehrheit wird nicht ewig dauern und es kann der Fall eintreten, dass das Messer, das für diese Geschäftsordnung bilden soll, sich mit seiner Schneide auch gegen die gegenwärtige Mehrheit kehrt. (Lebhafter Beifall bei den Chr. Soz.)

Gr. Hölzl (Nat. Soz.) weist darauf hin, dass der Einzug einer neuen Partei in den Gemeinderat wohl die Ursache dieser Aenderung

RATHAUSKORRESPONDENZ

X. Blatt.

Wien, am.....

gewesen sei. Er habe in den Ausschussberatungen eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, sehe aber von deren Wiederholung ab, weil sie ja von der Mehrheit bestimmt abgelehnt werden würden. Redner beschränkt sich über den dürftigen Wirkungskreis der Bezirksvorsteherstellvertreter und über das brüske Vorgehen der soz. dem. Bezirksvorsteher gegen die nat. soz. Stellvertreter. Eine Ordnung kann sich noch so schön auf dem Papier ausnehmen, sie wird zu einer Farce, wenn sie dauernd unangenehm wird. Deutsche Angelegenheiten sollen nur von Deutschen vertreten werden. So lange dies nicht der Fall ist, ist jede Aufbauarbeit unmöglich und jedes Gesetz und jede Geschäftsordnung eine Lächerlichkeit. (Beifall bei den Nat. Soz.)

Der Redner beantragt die nachstehende Fassung des § 2, Absatz 2: Der Zutritt der Zuhörer zu den öffentlichen Sitzungen ist nur mit Eintrittskarten gestattet, die vom Bezirksvorsteher oder Stellvertreter nach Massgabe des Raumes ausgegeben werden. Jedes Mitglied erhält eine Eintrittskarte. Die übrigen Eintrittskarten sind vom Tage der Einberufung der Sitzung fortlaufend an Bewerber der Reihenfolge nach abzugeben.

Gr. Thaler (Soz. dem.) bemerkt, es sei die Frage zu entscheiden, ob man die Bezirksvertretungen zu kleinen Gemeinderäten ausgestalten soll. Die Mehrheit steht auf dem Standpunkt, dass die Aenderung der Geschäftsordnung in der vorgeschlagenen Fassung für die Besorgung der Arbeit der Bezirksvertretungen vollständig ausreiche. Gerade die Vorfälle in der heutigen Landtagssitzung haben gezeigt, dass gewisse Disziplinarmittel notwendig sind, um die Ordnung in den Vertretungskörpern aufrecht erhalten zu können.

Er beantragt, in § 6, Absatz 2, die Worte: "im äussersten Falle auch durch Ausschluss von höchstens drei nächstfolgenden Sitzungen zu ahnden" zu streichen und dem § 6 einen neuen dritten Satz folgenden Wortlautes anzufügen: "Er (der Vorsitzende) kann bei der Disziplinarkommission den Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes auf höchstens drei Sitzungen stellen."

Er beantragt ferner in § 21 einen zweiten Absatz folgenden Wortlautes einzufügen: "Die Bezirksvertretung wählt unter sinngemässer Anwendung der Bestimmung des § 36 der Gemeindevahlordnung aus ihrer Mitte eine Disziplinarkommission, die aus 5 Mitgliedern besteht und über den Ausschluss von Mitgliedern der Bezirksvertretung von höchstens drei Sitzungen zu beschliessen hat. Diese Kommission wird vom Bezirksvorsteher einberufen und ist bei Anwesenheit von mindestens 3 Mitgliedern beschlussfähig. Sie wählt aus ihrer Mitte jeweils einen Vorsitzenden und fasst ihrer Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Der Vorsitzende stimmt mit, seine Stimme gibt bei gleichgetheilten Stimmen den Ausschlag."

Berichterstatter Stadtrat Honay stellt in seinem Schlussworte fest, dass die Geschäftsordnung darauf zugeschnitten ist, von den Bezirksvertretungen alle Dinge fernzuhalten, die mit ihren Aufgaben absolut nichts zu tun haben. Den Antrag des Gr. Dr. Kotzaurek, den Bezirksvorsteher zu verpflichten, wenn es ein Viertel der Bezirksvertretungsmitglieder verlangt, eine Sitzung innerhalb von 14 Tagen nach Einlangen des Begehrens einzuberufen, sowie dessen Antrag, das Ab-

RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt.

Wien, am.....

stimmungsergebnis einer namentlichen Abstimmung im Sitzungsprotokoll festzulegen, empfiehlt der Berichterstatter zur Annahme, die übrigen Anträge des Gr. Dr. Kotzaurek und den Antrag des Gr. Hölzl empfiehlt er zur Ablehnung.

Angenommen werden der Referentenantrag und der Antrag Thaller, wonach über den Ausschluss von einer Sitzung der Bezirksvorsteher, über den Ausschluss von mehr als einer Sitzung eine aus dem Plenum der Bezirksvertretung nach dem Proporz zu bildende Kommission zu entscheiden hat. Ferner werden angenommen zwei Anträge Kozaurek, wonach der Bezirksvorsteher verpflichtet wird, innerhalb von 14 Tagen nach dem von zumindest ein Viertel der Mitglieder der Bezirksvertretung gestellten Verlangen eine Sitzung der Bezirksvertretung einzuberufen hat und wonach das Abstimmungsergebnis im Sitzungsprotokoll festzulegen ist. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

GR. Bermann ersucht um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und der Bilanz der städtischen Versicherungsanstalt für das Jahr 1931. Trotz Schwierigkeiten gelang es der Anstalt auch im Berichtsjahre, den Geschäftsumfang neuerdings zu vergrößern und eine Prämien-, Gebühren- und Zinseneinnahme von fast 21 Millionen Schilling zu erzielen. In der Lebensversicherung wurden 12.802 Polizzen über ein Kapital von über 42 Millionen Schilling aufgestellt. Der Endstand im Berichtsjahre beträgt 44.797 Polizzen über ein Kapital von über 129 Millionen Schilling und 450 Polizzen über versicherte Jahresrenten von über 557.000 Schilling. An Entschädigungen wurden im Berichtsjahre in allen Schadenversicherungszweigen 4.38 Millionen Schilling ausgezahlt. Das Berichtsjahr schliesst - nach Dotierung der Pensionsreserve mit einem Betrag von über 380.000 Schilling - mit einem Ueberschuss von 410.362 Schilling, von dem 11.386 Schilling auf die Lebensversicherung und 398.976 Schilling auf die Schadenversicherung entfallen.

GR. Dr. Hengl (chr. soz.) stellt fest, dass sich das Tempo der Erhöhung der Agenden der Versicherungsanstalt im Jahre 1931 wesentlich verlangsamt hat. Das ist zum Teil auf die Krise zurückzuführen, zum Teil auch auf den Umstand, dass die Gemeinde in den ersten Jahren der Verwaltung ihren politischen Einfluss dazu benützt hat, um der Versicherungsanstalt die Unternehmungen der Gemeinde und der Partei nahestehende Unternehmungen zuzuführen, dass aber offenbar jetzt schon der politische Einfluss ausgeschöpft ist. Festzustellen ist insbesondere, dass 12.809 Anträgen fast 10.000 stornierte Versicherungen gegenüberstehen. Bei Auswahl und Annahme der Anträge sollte man doch rigoros vorgehen. Die Anzahl der Versicherungen, bei denen nicht einmal die erste Prämie gezahlt wurde, ist erschreckend gross. GR. Dr. Hengl weist sodann darauf hin, dass die Sozialdemokraten, die sich sonst so sehr gegen das Zinsgeiertum wenden, bei der städtischen Versicherung vor allem darauf bedacht sind, ihr Kapital in Häusern festzulegen und dass sie hier auf den Zinsertrag sehr erpicht sind. Er wendet sich dagegen, dass durch eine Post "200.000 Schilling Darlehen an Genossenschaften" tatsächlich die Technische Union subventioniert werde. (Lebh. Hört-Hörtrufe bei den Christlichsozialen). Der Redner bringt zum Schlusse die Beschwerde an den Bürgermeister vor, dass heute eine Partei - es handelt sich um eine Schmutzerei der Gemeinde Wien - die er für 5 Uhr ins Rathaus zu einer Besprechung eingeladen habe, brüsk abgewiesen und für 6 Uhr bestellt wurde. Das ist wohl auch ein Zeichen der Angst.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Wien, am

die Mehrheit in der letzten Zeit vor den Wienern hat. (Lebh. Beifall bei den Chr. soz.)

Bgm. Seitz: Es ist sehr sonderbar, wenn ein Gemeinderat von Schmutzereien der Gemeinde Wien spricht. Dass man sich hier in unflätigen Ausdrücken über die Mehrheit und die Verwaltung ergeht, solche Rohheiten ist man schon gewöhnt und das lässt einen kalt. Aber die Gemeinde Wien kann man doch nicht beleidigen. Zu der von GR. Hengl vorgebrachten Beschwerde bemerkt der Bürgermeister, dass Parteien, die bei Gemeinderatssitzungen Gemeinderäte sprechen wollen, nie abgehalten werden. GR. Hengl möge ihn näheren Angaben machen, worauf er den Fall erheben werde (Zwischenrufe).

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Referentenantrag angenommen.

Berichterstatter Gr. Thalle: berichtet über Subventionen (Der ausführliche Bericht über die Sitzung des Finanzausschusses, in der die Subventionen beschlossen wurden, wurde bereits versendet.) Gr. Brinke (Chr. soz.) erklärt, dass in keinem Kapitel der öffentlichen Verwaltung das schandbare Treiben der Parteipolitik so klar sichtbar werde wie bei dem Kapitel Subventionen. Jede sozialdemokratische Organisation kann ohne Rücksicht auf ihre Leistungen darauf rechnen, aus den Steuergeldern der Wiener Bevölkerung einen ansehnlichen Betrag als Subvention zu erhalten, während alle anderen Vereine und Organisationen, die wirklich dem Volke dienen, mit einem Bettel bedacht werden. Der inzwischen verkrachte österreichische Radioarbeiterbund (Arabö) wurde im Jahre 1930 mit 5.000, 1931 mit 2.500 Schilling subventioniert (Hört! Hört! Rufe bei den Chr. soz.) Der unpolitische Verein "Hauskrankenpflege" bekommt 2.800 Schilling, der sozialdemokratische Verein "Distriktkrankenpflege" 10.000 Schilling. Nach den Leistungen auf sozialem Gebiete sollte das Umgekehrte der Fall sein. Der Reichsbund der katholisch-deutschen Jugend Oesterreichs, der 1298 Vereine mit 55.965 Mitgliedern umfasst und nicht nur auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Ausbildung, sondern auch auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung seiner Mitglieder Vorzügliches leistet, bekommt eine Subvention von 8.750 Schilling, der Verband "Jugendheim", eine sozialdemokratische Leckorganisation, hinter der sich die Schul- und Kinderfreunde verbergen, bekommt 35.000 Schilling. (Hört! Hört! bei den Chr. soz.) Der Verband der christlichen Hausgehilfinnen, der 5 Heime verwaltet, der Gemeindeverwaltung also einen grossen Teil der Fürsorge abnimmt, hat eine Subvention von 800 Schilling. Der christliche Arbeiter-touristenverein erhält 800 Schilling, die sozialdemokratischen ^{Kat} Kinderfreunde bekommen 8.000 Schilling.

Es zeigt sich also klar, dass Ihre ganze Subventionspolitik nur darauf aufgebaut ist, der sozialdemokratischen Partei zu dienen. Sie bezahlen Ihre Organisationen mit den Steuergeldern der Wiener Bevölkerung. (Zustimmung bei den Chr. soz.)

Der Redner beantragt, die Subvention des Vereines "Hauskrankenpflege" auf 3.000, jene des Reichsbundes der katholisch-deutschen Jugend Oesterreichs auf 20.000, die Subvention des Verbandes christlicher Hausgehilfinnen auf 1.000 und jene des christlichen Arbeiter-touristenvereines gleichfalls auf 1.000 Schilling zu erhöhen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII. Blatt.

Wien, am

Wenn die Mehrheit noch einen Funken sozialen Gefühls hat, muss sie für diese Anträge stimmen. Mögen Sie auch in Ihrem Hochmut glauben, dass Sie über alle unsere Einwendungen sich kalt hinwegsetzen können, nehmen Sie die Versicherung entgegen, dass wir gegen dieses System der Parteipolitik, das Sie hier aufgerichtet haben, so lange kämpfen werden, bis dieses System zusammengebrochen ist. (Lebh. Beifall bei den Chr. Soz. Zwischenrufe bei den Soz. dem.)

St. R. Kunshak stellt mit Rücksicht darauf, dass die Gemeinderatssitzung bereits 6 Stunden dauere, den Antrag auf Vertagung des in Behandlung stehenden Gegenstandes (Beifall bei den Chr. soz.)

Bgm-Seitz erklärt, dem Verlangen des St. R. Kunshak in der Form Rechnung zu tragen, dass er die Verhandlung über den Punkt Subventionen abbreche.

Es wird zur Verhandlung der Dringlichkeitsanträge geschritten. Ein Dringlichkeitsantrag Stöger Huka und Genossen verlangt die sofortige Inangriffnahme der Renovierung der St. Othmar. Kirche.

GR. Stöger bemerkt, dass diese Kirche ines der prächtigsten Bauwerke, ein Werk des Dombaumeisters Schmidt ist. Wenn die notwendigen Renovierungen nicht sofort vorgenommen werden, die auch aus Sicherheitsgründen notwendig sind, geht die Kirche ihrem sicheren Verfall entgegen.

St. R. Richter weist darauf hin, dass das erste Mal im Jahre 1912, dann während des Krieges und auch später alle aus Sicherheitsgründen notwendigen Arbeiten an der Kirche vorgenommen wurden. Eine Renovierung würde 200.000 Schilling kosten, ein Betrag, der in der gegenwärtigen Zeit nicht aufgewendet werden kann. (Zwischenrufe).

Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

In einem Antrag der GRtin. Motzko wird der amtsführende Stadtrat der Gruppe VI aufgefordert, unverzüglich Massnahmen für die rechtzeitige Anschaffung der katholischen Gebet- und Gesangsbücher zu treffen, damit die unentgeltliche Versorgung mit diesen Lernbehelfen zu Beginn des nächsten Schuljahres klaglos erfolgen könne.

G. Rtin Motzko erklärt, die Dringlichkeit ergebe sich daraus, dass jetzt schon die Beschaffung erfolgen müsse, wenn eine Verteilung an die Schulkinder zu Beginn des nächsten Schuljahres möglich sein soll. Es geht nicht an, dass die katholischen Schulkinder als Kinder minderer Art behandelt werden.

Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Es gelangt ein Dringlichkeitsantrag Dr. Motzkos zur Verhandlung, in dem der Bürgermeister aufgefordert wird, die geplante Verschärfung der Sparmassnahmen im Schulwesen zu sistieren.

Die Antragstellerin begründet die Dringlichkeit, in dem sie ausführt, dass die Elternschaft und Lehrerschaft von einer ungeheuren Erregung erfasst wurde, seitdem in diese Kreise die Kunde von verschärften Sparmassnahmen gedrungen sei. Die Lehrverpflichtung soll auf 25 Stunden hinaufgesetzt werden und die Klassen durchschnittlich auf 39 Schüler aufgefüllt werden. Mit solchen Massnahmen wird jeder Erfolg von vorneherein zunichte gemacht. Sollten aber Sparmassnahmen notwendig sein, so ist es den dringendes demokratisches Gebot, mit den in Betracht kommenden Organisationen, vor allem mit den Lehrerorganisationen aller Richtungen, das Einvernehmen zu pflegen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt.

Wien, am

Bürgerm. Seitz erwidert, dass Sparmassnahmen, wenn sie nicht unrlässig notwendig sind, nicht getroffen werden. Dass gewisse Sparmassnahmen durchzuführen sind, ist klar. Ich weiss, dass es in gewissen Gebietskörperschaften wie z.B. beim Bund notwendig war, Massnahmen zu treffen, die die Angestellten nicht nur schwer getroffen haben, sondern auch gegen das geltende Gesetz verstossen. So die verkürzte Gehaltsauszahlung beim Bund, worüber mit den Beamten und Angestellten nicht verhandelt wurde. Ich hoffe, dass wir nicht auch in die Lage kommen, die Gehälter verkürzt auszuzahlen; wir würden gegen kein Gesetz verstossen, aber in einem solchen Falle bestimmt mit den Beamten und Angestellten verhandeln.

Dem ^{Antrag} wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem Dringlichkeitsantrag verlangt Stadtrat Biber (chr. Soz.) die Einstellung oder Einschränkung von 5 städtischen Betrieben und die Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmungen bei Anbotsverhandlungen.

In der Begründung führt Stadtrat Biber aus, dass der Gewerbebestand in Wien ^{sich in einer} katastrophalen Lage befindet. Es ist daher dringend notwendig, dass durch den Abbau der ganz unnütz von der Gemeindegewerbe dem Gewerbe . . . Gelegenheit gegeben wird, sich zu entwickeln. Wir fordern nicht die sofortige Einstellung der Betriebe, weil wir wissen, dass auf eine grosse Zahl von Arbeitern und Angestellten Rücksicht zu nehmen ist, und weil wir wünschen, dass die Umstellung sich ohne Schädigung dieser Gruppen vollziehe. (Beif. bei den Chr. soz.)

Stadtrat Richter (soz. dem.) stellt fest, dass der Antrag offene Türen einrennt, denn die genannten städtischen Betriebe sind ausschliesslich auf den eigenen Bedarf abgestellt. (Zwischenrufe.)

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt.

In einem Dringlichkeitsantrag des GR. Dr. Hanke wird eine Abänderung des Absatzes 1 des § 10 der Geschäftsordnung verlangt, wozu GR. Dr. Hanke spricht. Er macht auf die dringliche Aenderung mit dem Hinweis darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung der Ausschüsse den Ausschussmitgliedern zeitgerecht zugestellt werden müsse. - Die Dringlichkeit wird abgelehnt. In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Prinke und Genossen wird verlangt, dass während der Schulferien die Schulgebäude instandgesetzt, alle Räume mit Kalkmilch getüncht und Stauböl und Lysol in der Menge der Jahre 1925 und 1926 den Schulen zur Verfügung gestellt werden. GR. Prinke weist darauf hin, dass der Zustand der meisten Wiener Schulen eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Lehrpersonen und Kinder sei. Im Bereich des Simmeringer Schulbezirkes sind in der letzten Zeit 7 Personen an Krankheiten gestorben, die sie sich im Dienste zugezogen haben. - St. R. Richter erklärt, es geschehe alles, was im Interesse der Gesundheit und Sicherheit notwendig ist. Darüber hinaus stehen Mittel nicht zur Verfügung.

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Gratzenberger und Genossen wird verlangt, dass bei Vergabe von Aufträgen und Arbeiten der Gemeinde nur deutsche Volksangehörige, vornehmlich aber kleine Betriebe und Kleingewerbetreibende berücksichtigt werden. Bezüglich des zweiten Teiles des Antrages erklärt der Bürgermeister, dass . . . er eine Schmähung von Gemeinderäten, die Verwaltungsräte der Asdag sein sollen, beinhaltet. Diesen zweiten Teil könne er nicht zur Abstimmung bringen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XV. Blatt

Wien, am

GR. Gratzenberger verweist darauf, dass bei Vergabung der Arbeit für den Strassenbau vor allem die zur Arbeiterbank gehörige Grundstein A.G. berücksichtigt wurde, bei Asphaltierungsarbeiten die Teerag und Asdag. Als GR. Gratzenberger von einem Juden spricht, dem Geschäfte der Gemeinde zugeschenkt worden seien, ruft ihn der Bürgermeister zur Sache und macht ihn aufmerksam, dass Verlesungen nicht gestattet seien. GR. Gratzenberger spricht dann von einem in Caslau geborenen, der ebenfalls Gemeindearbeiten bekommen habe.

Der Bürgermeister entzieht dem GR. Gratzenberger das Wort (Lebh. Zwischenrufe). *Die Dringlichkeit wird abgelehnt.*

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Hölzl und Genossen wird die Zuweisung der Wohnungen der Gemeinde an bodenständige deutsche Gemeindeangehörige nach dem Grad ihrer Bedürftigkeit und der Reihenfolge ihrer Klassifikation verlangt weiters die Freimachung aller an nicht bodenständige zugewiesenen Wohnungen ^{besonders} die Berücksichtigung von Kriegebeschädigten und die Abstellung des Unfugs der vorgedruckten Abweisungsbescheide.

St. R. Weber erklärt, er bedaure es, dass Wohnungssuchende auf den privaten Wohnungsmarkt verwiesen werden müssen. Die soz. dem. Partei hat gegen die Abschaffung des Zuweisungsrechtes in frei werdende Privatwohnungen einen erbitterten Kampf geführt und eben jetzt wurde wieder von den Soz. dem. im Nationalrat verlangt, das Einweisungsrecht wiederherzustellen. Würde diese Möglichkeit gegeben sein, so wäre es in der Hand des Wohnungsamtes, alljährlich ungefähr 4.000 Wohnungssuchenden zu ihrem Menschenrecht zu verhelfen. Eine Dringlichkeit ist für den Antrag nicht gegeben.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

GR. Schaffer (Nat. Soz.) bezieht sich in einem Dringlichkeitsantrag auf Vorgänge bei einer Wahl bei den Strassenbahnern und verlangt die Abstellung von Unzukömmlichkeiten und die Einhaltung der Wahlbestimmungen bei Wahlen in Vertretungskörper.

GR. Schaffer (n. s.) spricht in Begründung der Dringlichkeit von Misständen, die sich gegen nicht sozialdemokratische Strassenbahner insbesondere im Bahnhof Favoriten zugetragen haben. - St. R. Speiser spricht sich gegen die Dringlichkeit aus, da die nächsten Wahlen erst Ende des Jahres stattfinden und weil für eine vollkommen korrekte Wahl durch Wahlordnung Vorsorge getroffen ist. *Die Dringlichkeit wird abgelehnt.*

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Weikert und Genossen wird die Erhöhung der Pfründen, Zuschüsse zu Renten und Enadenpensionen, die Einrichtung von Krüppelwerkstätten für jugendliche Befürsorgte, die beschleunigte Behandlung von Pfründen betreffenden Anträgen und die Abschaffung aller geldlicher Zuwendungen an Gemeindefunktionäre verlangt. - Auf einen Zwischenruf der GR. Dr. Ribal ruft diesem GR. Eisinger zu: Sie haben eine Villa in der Gloriettegasse. GR. Richtl: Ich habe keine Villa, es geht Sie das nichts an und ich kam mir von meinem Besitz kaufen was ich will. Der Bürgermeister rügt den GR. Eisinger, weil er einen anderen Mitglied des Gemeinderates den Vorwurf mache, dass er Besitzer einer Villa sei. - St. R. Schadler spricht sich gegen die Dringlichkeit unter Hinweis auf das grosse Wohlfahrtsbudget der Gemeinde und mit Rücksicht darauf aus, dass es nicht angehe, Wohlfahrtsangelegenheiten in dieser Form zu behandeln. - Die Dringlichkeit wird abgelehnt. - In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Fraunfeld und Genossen wird unter Hinweis auf die Versetzung eines Magistratssekretärs der Bürgermeister aufgefordert, die an der Versetzung schuldtragenden Beamten, da es sich um eine Massregelung handle, zur Verantwortung zu ziehen und die Rückversetzung des Beamten zu verfügen. GR. Fraunfeld bemerkt, dass es sich um den Mag. Sekr. Helch handelt, der wegen seines Uebertrittes von der sozialdemokratischen zur Nationalsozialistischen Partei unter Kürzung der Bezüge gemassregelt worden sei. Da er dies als unverschämte Heuchelei bezeichnet, wird er zur Ordnung gerufen. - St. R. Speiser bestreitet, dass es sich um eine Massregelung handle und ebenso, dass ein Zusammenhang zwischen der Versetzung und den in dem ~~vorherigen~~ Antrag angeführten Vorfällen bestehe. Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung 23 Uhr 35.

Bogenabfertigung 23 Uhr 45.